

IV 33 701/65

B e s c h l u s s

in dem Entschädigungsrechtsstreit

des Kaufmanns Johann S [REDACTED] ,
[REDACTED], L [REDACTED] strasse [REDACTED],

Klägers und Beschwerdeführers,

- Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. [REDACTED]
[REDACTED] -

gegen

das Land N o r d r h e i n - W e s t f a l e n ,
vertreten durch den Regierungspräsidenten, [REDACTED],

Beklagten und Beschwerdegegner.

Der IV. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat unter Mitwirkung des Senatspräsidenten Ascher und der Bundesrichter Hutenberg, Wilden, Dr. Graf und von der Mühlen in der Sitzung vom 15. Dezember 1965 beschlossen :

Die Beschwerde des Klägers gegen den Beschluss des II. Zivilsenats des Oberlandesgerichts Düsseldorf vom 25. Oktober 1965 wird zurückgewiesen.

Die Kosten des Beschwerdeverfahrens trägt der Kläger.

Gründe:

Der Kläger hat das beklagte Land in erster Instanz klageweise in Anspruch genommen, ohne sich durch einen Anwalt vertreten zu lassen. Das abweisende Urteil des Landgerichts ist ihm am 24. Juni 1965 zugestellt worden. Mit Schriftsatz vom 17. September, eingegangen beim Berufungsgericht am 20. September 1965 hat er Berufung eingelegt und gleichzeitig gebeten, das Verfahren bis zur Verkündung des BG-Schlussgesetzes auszusetzen, da er die begehrte Einstellung im Verhandlungswege zu erlangen versuchen werde. Die zur Klärung dieser Frage werde er auch keinen Anwalt nehmen. Der Kläger verweist in diesem Schriftsatz auf § 224 BZG.

Nachdem der Kläger auf die Unzulässigkeit seiner Berufung durch Schreiben vom 1. Oktober 1965 hingewiesen worden war, hat er am 12. Oktober 1965 Berufung durch einen Anwalt eingelegt und Wiedererstattung gegen die Vernehmung der Berufungserfrier mit der Begründung beantragen lassen, ihm sei von der Geschäftsstelle des Berufungsgerichts der Eingang seiner Berufung vom 17. September und die Eintragung unter einem bestimmten Aktenzeichen mitgeteilt worden; er habe deswegen geglaubt, dass die Einlegung des Rechtsmittels wirksam sei. Das Gericht sei aber verpflichtet gewesen, ihn alsbald nach Eingang dieses Schriftsatzes auf die Unzulässigkeit der nicht durch einen Anwalt eingelegten Berufung

hinsuweisen. Hätte das geschehen, so hätte noch vor Ablauf der Frist ein Anwalt ernannt Berufung einlegen können.

Durch den angefochtenen Beschluss hat das Berufungsgerecht die Wiedereinsetzung versagt und die von dem Anwalt eingelegte Berufung als unsuldsig, weil verspätet, verworfen. Die Beschwerde hiergegen ist unbegründet.

Der Kläger war sich darüber klar, dass er in der Berufungseinstands des Entschädigungsverfahrens im Gegensatz zur ersten Instanz durch einen Anwalt vertreten sein musste. Aus seinem Hinweis im Schriftsatz vom 17. September 1965 mag geschlossen werden, dass er § 224 Abs. 2 ZPO irr- tümlich nicht schon auf die Einlegung des Rechtsmittels, sondern erst auf "das Verfahren" vor dem Rechtsmittelge- richt bezog. Ein solcher Irrtum war jedoch bei Anwendung der vernünftigerweise zumutbaren Sorgfalt vermeidbar (§ 233 ZPO). Ein Geschädigter, der seinen Wohnsitz in einer deutschen Großstadt hat, kann sich bei dem örtlichen Landgericht wie bei jedem Anwalt erkundigen, auf welchen Wege ein landgerichtliches Urteil wirksam angefochten wird. Findet er in dem Urteil keine Rechtsmittelbelehrung, so darf er sich nicht darauf verlassen, dass er das von ihm zu Hage gesetzte Gesetz selbst richtig auslegen ver- möge. Die Frage, ob die Einleitung des Berufungsverfahrens durch Einreichung einer Rechtsmittelschrift bereits zu dem nach § 224 Abs. 2 ZPO unter Anwaltszwang stehenden "Verfahren" gehöre oder nicht, darf der Rechtskundige nicht selbst entscheiden. Der Kläger als Kaufmann weies, dass rechtliche Bestimmungen aller Art Begriffe verwenden, die nicht unbedingt nach allgemeinem Sprachgebrauch ver- standen werden dürfen. Da er keineswegs darauf angewiesen war, den weiteren Gang des Verfahrens selbst aus dem Gesetz zu ermitteln, ist sein Irrtum nicht entschuldbar.

Unter diesen Umständen kommt es nicht darauf an, ob ein Eingreifen des Gerichts die Veranlassung der Frist verhin-

dert hätte. Es sei aber im Hinblick auf die Begründung der Beschwerde darauf hingewiesen, dass die Mitteilung der Geschäftsstelle schon nach ihrem Inhalt über die Wirksamkeit der Rechtsmitteleinlegung nichts ausagte. Sie bestätigte nur den Eingang eines Schriftsatzes und teilte das Aktenzeichen mit, das der Geschäftsvorgang ganz unabhängig von seiner Wirksamkeit selbstverständlich erhielt. Eine Verpflichtung der Geschäftsstelle, die Wirksamkeit der Rechtsmitteleinlegung zu prüfen und bei Zweifeln in dieser Richtung die Schrift dem Vorsitzenden des Berufungsgerichts vorzulegen, besteht nicht. Ebenso wenig ist der Vorsitzende gehalten, eine ihm ohne Kennzeichnung der Eilbedürftigkeit vorgelegte Akte unverzüglich durchzusehen. Auch in Entscheidungsmachen obliegt dem Gericht keine Verantwortung dafür, dass seine Anrufung wirksam erfolge. Wenn der Gesetzgeber die Rechtsmittelbelehrung im Urteil des Entschädigungsgerichtes nicht angeordnet hat, kann dies nicht dadurch ausgeglichen werden, dass sie dem angerufenen Rechtsmittelgericht zur Nachholung auferlegt wird.

Dem angefochtenen Beschluss ist daher in allen Punkten zuzustimmen.

Aecher

von der Mühlen